



# Newsletter

Ausgabe 06/2011

**BZÖ**

Eine Information von BZÖ-Klubobmann und Bündnisobmann **JOSEF BUCHER**



## „Genug gezahlt!“: EU immer tiefer in der Krise! Durch Griechenland-Pleite droht Euro-Kollaps!

Europa findet keinen Weg aus seinen Problemen! Nach Berichten über ein geheimes Treffen der EU-Finanzminister und einem möglichen Euro-Ausstieg Griechenlands hat die akute Krise der EU einen neuen Höhepunkt erreicht. Immer lauter werden nun die Befürchtungen, eine Staatspleite Griechenlands könnte den Euro kollabieren lassen.

Da haben alle Milliardenhilfen nichts genützt, auch nicht jene 1,2 Milliarden Euro, die Österreich bisher bereits überwiesen hat: Der EU-Pleite-Staat Griechenland findet keinen Weg aus der Schuldenfalle – und droht nun auch die Gemeinschaftswährung Euro insgesamt mitzureißen. Und: Zu den bisherigen 110 Milliarden Euro an Hilfen für Griechenland braucht das Land noch einmal rund 60 Milliarden. Auch Portugal hat nun EU-Hilfe erhalten. Kostenpunkt hier: 78 Milliarden Euro!

Griechenland müsse die Eurozone verlassen, umschulden, abwerten, die Drachme wieder einführen und Staatshaushalt, Banken und Wirtschaft konsolidieren, forderte daher der renommierte



deutsche Ökonom Hans Werner Sinn. Noch drastischer formulierte Sinns Kollege Hans-Olaf Henkel: „Der Euro hat keine Chance mehr“, sagte er.

Die Experten bestätigen damit alle Warnungen, Kritikpunkte und Vorschläge des BZÖ: Der Euro-Rettungsschirm sei, so Sinn, „eine Illusion“, Griechenland sei „pleite“, am Ende sei der Euro gefährdet. Daher: „Wenn Griechenland aus dem Euro austräte, könnte es abwerten und wettbewerbsfähig werden.“ Zwar wären die Auswirkungen eines solchen Schritts massiv – aber eben vor allem für

Griechenland und nicht für ganz Europa, also das kleine Übel. BZÖ-Chef Josef Bucher bekräftigte angesichts der jüngsten Entwicklung: „Es muss Schluss damit sein, dass wir weiter hunderte Milliarden Euro an Steuergeld in finanzmarode Länder und Banken pumpen.“ Der Euro müsse auf eine Kernzone wirtschaftlich starker EU-Staaten reduziert werden, die Krisenstaaten müssten zu ihren nationalen Währungen zurückkehren und ihre Probleme eigenständig lösen.

Denn: Eine „Transferunion“ sei im Grunde weder sinnvoll noch finanzierbar. Und: „Wir können nicht weiter Geld verschenken, das wir nicht haben. Wenn die nationalen Regierungen sowie die EU-Kommission nicht schleunigst erkennen, dass der Geldtransfer aus den stärkeren Ländern in die Pleitestaaten gestoppt werden muss, dann steht Österreichs und Europas Zukunft auf dem Spiel. Nur mit einem radikalen Kurswechsel können wir Europa retten.“

**Alle Details: BZÖ-Argumente umseitig!**

## Billiger und besser: BZÖ für Gemeinde-Zusammenlegungen

**Einsparungsvolumen von rund einer Milliarde Euro jährlich entlastet Kommunen, Bürger profitieren**

BZÖ-Obmann Josef Bucher drängt auf Reformen in der Gemeindeverwaltung, denn dadurch ließe sich etwa eine Milliarde Euro einsparen. Derzeit seien sieben von zehn österreichischen Gemeinden im Minus, es drohe der Finanzkollaps. Bucher plädiert deshalb für die Zusammenlegung von Kommunen. Entschieden werden soll darüber jedenfalls in einer Volksbefragung.

Die 2357 österreichischen Gemeinden sitzen bereits heute auf einem Schuldenberg von 11,5 Milliarden Euro, dazu kommen 6,4 Milliarden Euro

für Haftungen und ausgelagerte Gesellschaften. Freilich könnten die jährlichen Ausgaben in der Höhe von 13 Milliarden Euro um rund eine Milliarde

**GENUG  
GEZAHLT!**

**Mehr auf: [www.genuggezahlt.at](http://www.genuggezahlt.at)**

gesenkt werden, so der BZÖ-Chef zu Zahlen des Städtebundes. Bucher pocht daher auf Gemeindezusammenlegungen, denn dadurch könnten „die Finanzen saniert, vernünftige Strukturen geschaffen und Gebühren gesenkt werden“. Davon profitieren würden die Bürgerinnen und Bürger.

„Richtwert“ für die Zusammenlegung ist für Bucher eine Einwohnerzahl von 2.500. Jedenfalls sollten Zusammenlegungen vom Rechnungshof begleitet werden. Und: „Auf alle Fälle muss es eine Volksbefragung geben.“

# BZÖ: Auch „neue“ Regierung schon gescheitert! Weiter Stillstand & Untätigkeit statt Reformen!

Als die „neue“ rot-schwarze Koalition nach der Regierungsumbildung auf ÖVP-Seite vergangene Woche zum 100. Ministerrat zusammen gekommen ist, stand nicht einmal ein einziger Gesetzesbeschluss auf der Tagesordnung: Das ist das erschreckende Seitenbild für die fortgesetzte Arbeitsverweigerung der Bundesregierung unter SPÖ-Kanzler Faymann und dem neuen ÖVP-Vizekanzler Michael Spindelegger.

Die rot-schwarze Regierung bleibt auch dem (nicht nur gesundheitlich bedingten) Rückzug von Josef Pröll unverändert. Untätigkeit, Reform-Stau, Arbeitsverweigerung, Stillstand prägen das Bild, ob bei der Steuer- oder Heeresreform, in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- oder Umweltpolitik: nichts geht mehr. Einig sind sich SPÖ und ÖVP allein darüber, dass sie sich nicht einig sind. Bisläng einzige Folge der „Regierung-neu“: Was bislang schlecht war, wird nun noch schlechter. „Erste“-Chef Treichl bezeichnete die Regierungspolitik daraufhin als „blöd, feig und ahnungslos“.

Die Zeche für das völlige Versagen der rot-schwarzen Regierungspolitik müssen weiterhin die Österreicherinnen und Österreicher bezahlen, so die dringende Warnung von BZÖ-Chef Josef Bucher.

Tatsächlich ist ein radikaler Kurswechsel überfällig: Die Inflation explodiert, alles wird teurer – das bedeutet neuerlich reale Einkommensverlust und massive Kaufkraftverlust. Österreichs Staatsschulden von rund 270 Milliarden Euro werden in den nächsten Jahren um zumindest 50 Mil-



liarden Euro anwachsen, allein die Zinszahlungen für Kredite kosten rund 11 Milliarden jährlich, die Schuldenspirale dreht sich immer schneller. Selbst Rechnungshof-Präsident Josef Moser warnte eindringlich: „Die Situation ist bedrohlich!“

„Genug gezahlt!“, pocht das BZÖ auf Reformen. Gerade angesichts der Schuldenlast und der dringend notwendigen Reformen in Österreich selbst, müsse, so Bucher dazu weiter, „endlich Schluss sein mit der Euro-Lüge, und damit, dass wir Milliarden für marode Banken und EU-Pleitestaaten verschwenden“.

Und, so Bucher: „Es muss endlich für Österreich gearbeitet werden, daher muss auch Schluss sein mit dem Koalitionsmikado – wer sich bei SPÖ und ÖVP als erster bewegt hat offenbar verloren.“

Leere Phrasen von Leistung, Reformen und Sparsamkeit prägen das Bild der Koalition, aber die Realität ist Stillstand, Streit und Arbeitsverweigerung.“

Das BZÖ verlangt eine umfassende Reformoffensive für Österreich. Bucher dazu: „Die Weichen müssen jetzt auf Veränderung gestellt werden, sonst ist der Zug abgefahren, denn Österreich steht im internationalen Wettbewerb und darf nicht durch die Unfähigkeit und Untätigkeit der Regierung weiter ins Hintertreffen geraten.“

**Daher sagt das BZÖ: „Genug gezahlt!“**

Mehr auf: [www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

IMPRESSUM: Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BZÖ-Büro | PARLAMENTSKLUB | Dobhoffgasse 3/2 | 1017 Wien | E-Mail: [office@bzoe.at](mailto:office@bzoe.at)

## BZÖ-ARGUMENTE

Schluss mit der Euro-Lüge! Österreich braucht einen „Plan B“

Das BZÖ macht Front gegen die „Euro-Lüge“. Denn: Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz werden in Wahrheit nur völlig sinnlos hunderte Milliarden Euro nach Griechenland und andere Pleitestaaten gepumpt. Das ist, wie führende Ökonomen und Experten bestätigen, nicht nur unfinanzierbar und nutzlos, sondern auch gefährlich für die Entwicklung in ganz Europa!

**Beispiel Griechenland:** Zu den 110 Milliarden an Euro-Hilfe benötigt Griechenland nun bereits schon wieder zumindest 60 Milliarden Euro zusätzlich. Bisheriges Ergebnis: Null! Griechenland hat keine Reformschritte gesetzt, seinen Schuldenberg nicht abgebaut. Stattdessen eskalieren die sozialen Spannungen in Straßenschlachten, es droht ein Bürgerkrieg. Und: Die Geberländer wie Österreich geraten durch die ausufernden Hilfszahlungen selbst in die Krise: notwendige Reformen können nicht mehr finanziert werden, der Schuldenberg wächst! Dazu kommt: Griechenland ist kein Einzelfall! Auch Portugal und Irland benötigen Milliarden, weitere Länder könnten folgen. Fakt ist: Die EU-Hilfe hat nicht gegriffen, Griechenland hat Europa mit in die Krise gerissen. Nur für Griechenland selbst ist die Schuldenkrise nicht neu: In der Hälfte der Zeit seit der Staatsgründung im Jahr 1882 hat sich das Land im Staatsbankrott befunden...

**Wahr ist also:** Alle Beteuerungen, Griechenland müsse im Euro-Klub bleiben und in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller EU-Bürger „gerettet“ werden, sind falsch. Selbst Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, Chef der Euro-Gruppe, hat kürzlich sogar offen eingestanden, er habe für den Euro „schon oft gelogen“. So ist auch seine jüngste Aussage, die Griechenland-Hilfe sei auch für Österreich „kein Verlust“ zu interpretieren. Wahr ist: Bisher hat Österreich allein für Griechenland 1,2 Milliarden Euro bezahlt. Insgesamt werden die Kosten (aus heutiger Sicht) bei rund vier Milliarden liegen.

**Es braucht einen Plan B:** Die Österreicher dürfen nicht weiter für dumm verkauft werden! Das BZÖ verlangt daher einen „Plan B“, nämlich den sofortigen Ausstieg Griechenlands aus dem Euro. Denn: Selbst ein Ende mit Schrecken ist besser als ein Schrecken ohne Ende! Dass ÖVP und SPÖ weiterhin nur neue Milliardenpakete schnüren, ist nichts anderes, als eine Konkursverschleppung zu Lasten Österreichs. Die Alternative: Einen sofortigen Zahlungsstopp für Banken und Pleite-Länder sowie eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse zum Selbstschutz Österreichs!